



Foto: pixello

Keine klare Botschaft. Der Landesregierung ist es nicht gelungen ihr Konzept für die künftige Hochschulentwicklung deutlich zu machen.

men werden soll. Hierzu sollen an den Fachhochschulen die curricularen Normwerte abgesenkt werden, um die Aufnahmekapazitäten zu erhöhen.

Außer Acht scheint bei der Landesregierung auch die Tatsache zu bleiben, dass durch die Verkürzung der gymnasialen Oberstufe von 13 auf zwölf Jahre zwei Abiturjahrgänge gleichzeitig in die Hochschulen kommen. Dies führt dazu, dass laut Prognose der Kultusministerkonferenz bundesweit zwischen 2011 und 2013 mit zusätzlichen 40.000 Studienanfängern gerechnet werden muss. Doch dies scheint die Politik, vor allem in Niedersachsen, mal wieder auszublenden.

Eine GEwerkschaftliche Bilanz der niedersächsischen CDU-FDP-Hochschulpolitik

Land ohne Hochschulperspektive

Am 23. April 2007 veranstaltete die Landesregierung einen hochschulpolitischen Kongress unter dem Titel „Zukunftsperspektiven der jungen Generation – Herausforderungen für Wissenschaft, Wirtschaft und Politik“ mit vielen bundesweit bekannten Referentinnen und Referenten aus Politik und Wirtschaft im Convention Center in Hannover. Neben den einleitenden Impulsreferaten zu Politik (Bundesministerin Dr. Annette Schavan), Wirtschaft (Thomas Sattelberger, Continental AG) und Wissenschaft (Professorin Dr. Margret Wintermantel, Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz) diskutieren die ExpertInnen in drei vertiefenden Foren die Herausforderungen und Chancen, die sich in den kommenden Jahren ergeben.

Bezahlstudium statt Zugangsgerechtigkeit

Die Foren beschäftigen sich mit den Themen „Wirtschaft“, „Finanzierung“ sowie „Internationalisierung“. Hierzu erklärte der Niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kultur Lutz Stratmann: „Die Hochschulen waren in den vergangenen Jahren starken Veränderungen unterworfen. Niedersachsen hat Maßnahmen ergriffen, um die Zukunft der jungen Generation zu sichern“ und nannte als wichtige Säulen für diesen Prozess – neben der Förderung in der Exzellenzinitiative und dem Aufbau der NTH – die Planungssicherheit für die niedersächsischen Hochschulen durch den Zukunftsvertrag und die Schaffung neuer Kapazitäten für den doppelten Abiturjahrgang 2011.

Doch die eher bescheidene Berichterstattung in den Medien zeigt, dass es der Landesregierung nicht gelungen ist, die „Zukunftsperspektiven und Herausforderungen“ deutlich zu machen und vor allem auch klare Botschaften für die künftige Entwicklung von Hochschulen und Wissenschaft zu geben. Überraschend ist dies nicht, hatte die CDU-FDP-Landesregierung bei ihrem Regierungsantritt 2003 als einen ersten Schritt die Hochschulen mit einem 41 Mio. Euro Kürzungsprogramm, dem so genannten Hochschuloptimierungskonzept (HOK) beglückt.

Die Folgen sind hinlänglich bekannt: Hochschul- bzw. Fachbereichs- sowie Studiengangsschließungen, vor allem von so genannten nichtmarktgängigen Fächern in den Geistes- und Sozialwissenschaften. Hinzu kommt, dass durch die betreuungsintensive Umstellung der Studienabschlüsse auf Bachelor und Master und vor allem durch die Einführung von allgemeinen Studiengebühren sich seitdem die Zahl der Studierenden in Niedersachsen deutlich rückläufig entwickelt hat. So wurden in Niedersachsen seit 2003 rund 5.000 Studienplätze abgebaut und somit sank die Zahl der Studierenden aktuell auf 145.000.

Mogelpackung

Niedersachsen ist eins der ersten Bundesländer, die Gebühren von 500 Euro für ein Hochschulsesemester eingeführt haben und es somit Studieninteressierten – vor allem aus einkommens- und bildungsfernen Familien – erschweren ein Studium aufzunehmen. Anstatt Chancengleichheit im Bildungs- und Hochschulbereich durch den Abbau sozialer Zugangsschwellen zur höheren Bildung abzubauen, wälzt die Landesregierung einen Teil der Hochschulkosten auf die Studierenden ab und stopft mit den Einnahmen Haushaltslöcher bei den Hochschulen. Niedersachsen ist Lichtjahre von einer bedarfs- und nachfragegerechten Hochschulfinanzierung sowie einer sozialen Öffnung der Hochschulen entfernt. So fehlt es auch an Initiativen der Landesregierung sich auf Bundesebene für den dringenden Ausbau des BAföG einzusetzen ... ist ja auch nicht so nötig, gibt es doch mittlerweile viele Studiumskredite von Banken und anderen Finanzdienstlern.

Auch wenn Ministerpräsident Christian Wulff und sein Wissenschaftsminister Lutz Stratmann immer wieder betonen, dass sie die Hochschulen unterstützen und bis 2010 im Rahmen des bundesweiten Hochschulpaktes 11.200 neue Studienplätze schaffen wollen, zeigen doch ihre Pläne, dass dies in den vermeintlich kostengünstigeren Studiengängen an Fachhochschulen vorgenom-

So verwundert es nicht, dass aus dem Versprechen 11.200 neue Studienplätze zu schaffen real nur 9.500 Studienplätze werden – die restlichen Plätze sind bereits in den Natur- und Ingenieurwissenschaften vorhanden und werden aktuell auf Grund des geringen Interesses in den entsprechenden Studienfächern nicht ausgeschöpft. Dies führt dazu, dass die niedersächsischen Hochschulen zwar für einen neu eingerichteten Studienplatz 3.000 bis 10.000 Euro erhalten, aber Hochschulen, die bereits über entsprechende Plätze verfügen, lediglich eine „Auffüllerprämie“ von nur 800 Euro bekommen sollen. Hinzu kommt, dass von den rund 1.610 neuen Studienanfängerplätzen zum kommenden Wintersemester etwa drei Viertel an den Fachhochschulen angeboten werden.

Arbeitsplatz Hochschule?

Anscheinend will die Landesregierung nicht vollausfinanzierte Studienplätze einrichten, sondern lediglich neue Studienanfängerplätze schaffen, die durch das Auffüllen von nicht ausgelasteten Studiengängen gewonnen werden sollen. Doch klappt diese niedersächsische Strategie nicht, müssen Land und Hochschulen die Bundesmittel zurückzahlen.

Dass Vorsicht bei Prognosen von Studierbereitschaft und Studierverhalten geboten ist, zeigt beispielsweise die Kritik vom Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie (FiBS) gegen die KMK-Vorhersagen der KMK. Denn selbst wenn man von den optimistischen Studienanfängerzahlen der KMK ausgeht, werden die Hochschulen statt eines Studierendenbergs einen Rückgang gegenüber den heutigen Zahlen erfahren. So ergibt sich laut FiBS ein Zuwachs von 2,4 bis 2,7 Mio. Studierenden nur auf Grund eines weitgehend unveränderten Studierverhaltens mit langen Studienzeiten – insbesondere an Universitäten. Wahrscheinlicher ist aber eher ein Rückgang auf 1,8 Mio. Studierende, wenn nicht sogar auf 1,6 Mio. in der Mitte des kommenden Jahrzehnts. Anschließend werden die Zahlen auf Grund der demographi-

schen Entwicklung weiter sinken und wahrscheinlich im Jahr 2020 bei rd. 1,5 Mio. liegen.

Für die ForscherInnen bei FiBS spielen zwei Entwicklungen eine Rolle für dieses 20prozentige Absinken gegenüber den heutigen Zahlen: Die Einführung der zweiphasigen Studienstruktur mit Bachelor und Master und die Festlegung auf den Bachelor als Regelabschluss sowie das lediglich zwischen 20 und 50 Prozent der BA-Studierenden zu einem Masterstudium zugelassen werden sollen. Somit werden letztlich deutlich weniger Studierende im Hochschulsystem sein.

Auch die niedersächsischen Hochschulen sind nicht zufrieden, schließlich stellen sie im Rahmen des Bologna-Prozesses die alten Studienabschlüsse auf die international anerkannten, zweigestuften Bachelor- und Masterabschlüsse um. So werden die alten Diplom- und Magisterstudiengänge komprimiert und stärker verschult, was an den Hochschulen zu mehr Betreuung und Personalbedarf führt. Letztlich reichen die bewilligten Mittel kaum für neue wissenschaftliche Mitarbeiter bzw. Professuren aus und dies geht bekanntermaßen zu Lasten der Lehrqualität.

Anstelle einer bedarfsgerechten Personalstruktur hat die Landesregierung auch hier in die „rechnerische Trickkiste“ gegriffen und die Arbeitszeit für Professoren auf 68 Jahre verlängert und die Regellehrverpflichtung erhöht.

Doch die drängenden Probleme wie die immer stärker zunehmende Befristung von Arbeitsverträgen im wissenschaftlichen Bereich greift die Landesregierung nicht auf und unternimmt keine Anstrengungen sich mit den Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen des Personals sowie der Qualifikation des wissenschaftlichen Nachwuchses an den Hochschulen auseinanderzusetzen.

Exzellenzträume

Unbeirrt von diesen Entwicklungen hat die Landesregierung im Frühjahr ein neues Lieblingsprojekt aus dem Boden gestampft, die „Niedersächsische Technische Hochschule“, kurz NTH, – ein Zusammenschluss zwischen der Leibniz Universität Hannover und den Universitäten in Braunschweig und Clausthal. Dies soll zwar keine Fusion werden betonen alle Beteiligten, sondern eine verstärkte Zusammenarbeit in den technischen Studiengängen. Für dieses Projekt werden in den kommenden fünf Jahren zusätzlich 25 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.

Bereits im April wurde eine Erklärung unterzeichnet, wo die beteiligten Hochschulen versprochen, ein gemeinsames Präsidium mit fünf Mitgliedern einzurichten, u. a. mit den jeweiligen Hochschulpräsidenten. Bis zum Frühjahr 2008 soll dies gemeinsame Präsidium Strukturen und Kompetenzen vorschla-

gen, die dann der Landtag in einem Gesetz verabschiedet.

Kritik bezüglich des neuen, gemeinsamen Hochschulrates wurde schon von den Hochschulmitgliedern geäußert, da sie eine weitere Machtfülle befürchten.

Jeder Universitätsstandort setzt auf bestimmte Fächer: Braunschweig bekommt die Bauingenieure, Clausthal die Energiewissenschaftler und Hannover stärkt die Physik und Chemie. Doch ob es für deutsche wie internationale Spitzenpositionen reichen wird, ist unklar, denn letztlich „bluten“ durch diese Zusammenlegung vor allem die großen Universitäten Braunschweig und Hannover als Volluniversitäten aus und die Gefahr besteht, dass



diese hochschulübergreifende „Kooperation“ sich eher kontraproduktiv bezüglich der Studierbereitschaft entwickelt ... Wer von den Studierenden möchte schon zum Dauerpendler werden ...

„Marken“würdiges aus der Lüneburger Heide

Der Hochschulstandort Lüneburg war schon immer etwas Besonderes in der Hochschulgeschichte Niedersachsens. Nachdem bereits die SPD-Landesregierung die Universität zur Bologna-Modelluniversität erklärte, musste sie auf Grund der CDU-FDP-Kürzungen mit der Fachhochschule fusionieren. Doch der neue, bundesweit jüngste, Hochschulpräsident Sacha Spoun (38), will mehr und so wurden im März 2007 die neuen Hochschulideen vorgestellt. Beispielsweise der Aufbau eines Colleges für Bachelorstudierende, dazu ein Graduiertenkolleg und eine „Professional School“ für Weiterbildung und Technologietransfer. Am Schnittpunkt dieser drei Schulen sollen leistungsstarke Forschungszentren entstehen.

Dieser Lüneburg-Bachelor soll bundesweit eine einzigartige Bildungsmarke werden, wo Studierenden aller Fachrichtungen zunächst

am neuen College ein Semester gemeinsam studieren. Mathe, Philosophie und ein praktisches Forschungsprojekt stehen auf dem Lehrplan. Vom zweiten Semester an verteilen sich die Studierenden dann auf ihre Haupt- und Nebenfächer, müssen aber das ganze Studium hindurch so genannte Komplementärveranstaltungen wählen. Zu diesen zählen unter anderem Seminare aus anderen Fachrichtungen, zu Kunst, Kommunikation und Sprachen. Dies neue Konzept ist radikal anders ist als der übliche fachwissenschaftliche Bachelor an den Hochschulen.

Doch das reicht den umtriebigen Lüneburgern nicht, schließlich wollen sie zu einer der profiliertesten Hochschulen im Land werden und gaben sich daher auch gleich mal einen neuen Namen für ihre Universität und nennen sich nunmehr „Leuphana“ – so hat der griechische Geograf Ptolemäus vor 2000 Jahren einen Ort in Norddeutschland genannt, der möglicherweise dem heutigen Lüneburg entspricht.

Ob dies das ist, was sich die Wirtschaft bei den Hochschulen bezüglich einer eigenen „Marke“ vorstellt, man weiß es nicht. Interessant war schon, dass auf dem hochschulpolitischen Kongress vollmundig seitens einiger Wirtschaftsvertreter erklärt wurde, dass für sie die meisten Hochschulen „gesichtslose Rundumbieter“ sind.

Entdemokratisiertes Hochschulgesetz

Bei der Bewertung der Entwicklung der niedersächsischen Hochschulpolitik darf auf keinen Fall die Novelle des Hochschulgesetzes (NHG) vergessen werden, wo durch die weitere Stärkung der Entscheidungsmöglichkeiten für die Hochschulpräsidenten und auch Hochschulräte mehr „Macht“ im unternehmerischen Sinne eingeräumt und Mitbestimmungsrechte von Studierenden, Beschäftigten und HochschullehrerInnen entwertet bzw. sogar abgebaut wurden.

So gleichen die Hochschulräte mittlerweile eher Aufsichtsräten einer Kapitalgesellschaft, die weder den Staat noch die akademische Gemeinschaft präsentieren. Dabei können Hochschulräte durchaus eine sinnvolle Funktion wahrnehmen, wenn sie nicht in die akademische Selbstverwaltung eingreifen, sondern eher als Clearingstellen funktionieren, in denen sich die Hochschulen mit den Anforderungen der Gesellschaft an ihre Arbeit auseinandersetzen muss.

Damit schlägt die Landesregierung den Kurs ein, dass die Hochschulverfassung immer mehr der Struktur eines Unternehmens angepasst wird. Somit zieht sich der Staat aus seiner Verantwortung für ein sozial gerechtes Bildungs-, Hochschul- und Wissenschaftssystem zurück und lässt die Hochschulen allein auf den Weg in die Kommerzialisierung von Bildung und Forschung, der Flexibilisierung und Deregulierung der Beschäftigungsverhältnisse, sowie der Privatisierung der Studienfinanzierung.

SABINE KIEL
Stellvertretende GEW-Landesvorsitzende